Freie Demokraten

Ortsverband FDP

Liberalix

Interview mit Henning Höhne

Josef Lammerding

Die Landtagswahl in NRW hat dazu geführt, dass die FDP nun in der Opposition ist. Das Ergebnis war für die Liberalen nicht erfreulich und hat auch schon personelle Konsequenzen nach sich gezogen. Eine davon ist, dass Henning Höhne aus Coesfeld der neue Fraktionsvorsitzende der FDP im Landtag ist. Josef Lammerding, Vorsitzender der FDP vor Ort hat sich mit ihm unterhalten.

Wie hat der Landesverband das Wahlergebnis aufgenommen. Hat es als Reaktion auf das Ergebnis Veränderungen im Landesverband gegeben?

Die Niederlage bei der Landtagswahl hat uns allen zugesetzt. Wir nehmen uns die notwendige Zeit zur Aufarbeitung. Wir befinden uns in einem umfassenden Strukturprozess. Eine liberale Partei muss immer dazu bereit sein, an sich selbst zu arbeiten um bestmögliche Politik zu machen. Wir wollen uns so aufstellen, dass wir zur nächsten Landtagswahl die spannendste politische Kraft in NRW sind.

100 Tage Schwarz-Grün - welche zwei Punkte würden Sie an der neuen Regierungskoalitionen kritisieren.

Hendrik Wüst und die schwarz-grüne Landesregierung haben die Chance vertan, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen wirksam in der aktuellen Krise zu unterstützen. In der Regierungserklärung verwies der Ministerpräsident im Durchschnitt alle 3,5 Minuten in Richtung Bundespolitik. Er muss sich endlich seiner eigenen politischen Verantwortung stellen.

In der Wirtschafts- und Energiepolitik müssten aus dem Industrieland Nordrhein-Westfalen Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit von Morgen kommen. Leider hören wir gar nichts. Auf eine dramatische Energiekrise wird mit Ideen aus der politischen Mottenkiste geantwortet. Überall ist Zeitenwende – außer in der schwarz-grünen Koalition. Andere Länder ermöglichen bei Flächen-Photovoltaik vorläufige Genehmigungen, um schneller Energie zu gewinnen. Schwarz-Grün plant dagegen für den Klimaschutz in NRW mehr Monitoring, Klimachecks und Klima-Tracking – also mehr Verwaltung, mehr Personal und mehr Berichtspflichten.

Wie macht es sich bemerkbar, dass die FDP nicht mehr in der Landesregierung vertreten ist. Entstehen dadurch vielleicht auch Chancen für die FDP sich neu zu orientieren und das eigene Profil zu stärken?

Wir treten bei Wahlen an, um in einer Regierung die Politik maßgeblich zu gestalten. Mut zur Verantwortung, Bürokratieabbau, Aufstieg durch Bildung: Diese Werte fehlen in der neuen Landesregierung. Konkret bedeutet das: Keine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in NRW. Bei der Digitalisierung der Verwaltung werden von CDU und Grünen sogar Mittel gekürzt. Das ist schlecht für das Land. Aber natürlich gibt es in der Opposition die Chance zur Erneuerung und zu 100% FDP. Wir wollen Schwung holen für die nächste Wahl.

Wieso braucht NRW eine starke FDP?

Wir Freie Demokraten stehen für lösungsorientierte, mutige und optimistische Politik. Wir stellen den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt. Wir streiten für die richtigen Rahmenbedingungen, damit alle Menschen in Nordrhein-Westfalen ihren individuellen Traum vom Glück verfolgen können. Dafür braucht es die beste Bildung, unabhängig vom Elternhaus. Dafür braucht es einen starken Wirtschaftsstandort, damit Arbeitsplätze und Wohlstand entstehen können. Dafür braucht es einen Staat, der es den Menschen einfach macht und der sich selbst zurück nimmt.

Sie kandidieren für den Landesvorsitz, was hat Sie motiviert diesen Schritt zu gehen und wie möchten Sie die FDP NRW zukünftig führen?

Ich möchte einen Beitrag zum Wiedererstarken der Freien Demokraten in NRW leisten. Dafür bin ich bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Politik ist Teamsport, die Freien Demokraten sind vielfältig. Aus dieser Vielfalt können wir noch mehr Stärke ziehen als bislang. In unserer Partei sollten wir mehr Raum haben wir Debatten, mit Mut zu großen Fragen. Und wir müssen uns besser mit unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteuren in Gesellschaft und Wirtschaft vernetzen. Eine offene Fehlerkultur und ein wertschätzender Diskurs gehören für mich fest dazu.

Wie stellen Sie sich die Zukunft der FDP in NRW vor, gibt es konkrete Ziele?

Ich möchte, dass die Freien Demokraten in NRW künftig wieder als politische und inhaltliche Pioniere wahrgenommen werden. Dafür möchte ich als mit dem neuen Landesvorstand richtigen Strukturen schaffen. Dazu gehören neue und abwechslungsreichere Sitzungsformate. Auch möchte ich die Ort- und Kreisvorsitzenden besser einbinden – vergleichbar mit Führungskräften in einem Konzern.

Henning Höhne

Ein Mensch

Ein Mensch erschrickt, dass diese Welt
Jetzt – gar nicht weit – in Trümmer fällt.
Er weint, weil das vergangne Jahr
so ganz und gar nicht friedlich war.

Den Menschen plagt Erinnerung,
(weil er an Jahren nicht mehr jung):
Er denkt, dass einstmals weit und breit
der Krieg nur brachte Tod und Leid.

Unfassbar, dass sich wiederholt,
was längst für alle, alle Zeit,
so hoffte er: Vergangenheit.

Knut Rasche

Energiestandort Sendenhorst – Die Frage um klimaneutrale Energien

Energie. Über kein Thema wird in der letzten so Zeit so viel diskutiert, wie über Energie. Mit seiner Richtlinienkompetenz hat Olaf Scholz die Frage um die drei noch aktiven Atomkraftwerke geklärt. All drei bleiben vorerst auch nach dem 31.12.2022 am Netz. Atomenergie kann uns in diesen Zeiten helfen, durchaus. Langfristig ist diese aktuell jedoch keine Lösung, jedenfalls nicht in Deutschland. Der Atomausstieg ist beschlossen und ganz gleich, ob die Atomkraftwerke bis April 2023 oder bis Ende 2024 laufen sollten, sie werden früher oder später abgeschaltet.

Ein Wiedereinstieg in die Atomkraft? Sehr kostspielig. Geld, dass besser in den Ausbau von anderen klimaneutralen und deutlich ungefährlicheren Energien investiert werden sollte. Photovoltaik, Windenergie, Geothermie. Auf den Ausbau dieser Energien sollten wir uns fokussieren, auch als Stadt Sendenhorst. Auch wenn es in der Vergangenheit viel Unbehagen gegenüber der Windenergie gab und es auch aktuell viel Unmut über die Vorstellung des Baus von Windkraftanlagen gibt, so werden wir langfristig nicht an dieser vorbeikommen. Ein zu großer Fokus auf die Windenergie ist jedoch auch nicht von Nutzen. Wer sich zu sehr auf einen Aspekt verlässt, wird irgendwann hinfallen – wie die Abhängigkeit von russischem Gas aktuell beweist.

So gilt es, sich auch anderen Optionen zuzuwenden. Photovoltaik beispielsweise muss auch stärker in den Vordergrund gelangen. Hierbei sollte die Stadt weiterhin als gutes Beispiel vorangehen und prüfen, welche weiteren öffentlichen Gebäude für Photovoltaik in Frage kommen. Es sollte ebenfalls überlegt werden, ob es Orte in Sendenhorst gibt, wo Photovoltaikanlagen auch außerhalb von Dächern platziert werden können. Am Beispiel der Schweiz erkennen wir: Es gibt durchaus innovative Möglichkeiten, vorhandene Flächen für Photovoltaik zu nutzen, ohne das Selbige unbenutzbar gemacht werden – Stichpunkt Überdachung von Autobahnen mit Photovoltaikanlagen. Natürlich hat Sendenhorst wenige Möglichkeiten Autobahnen mit Photovoltaik zu überdachen. Das Mindset ist hierbei zentral. Wollen wir wirklichen unseren Beitrag zu der Klimawende leisten, wollen wir dem Ausrufen des Klimanotstandes auch Taten folgen lassen, dann müssen wir auch -Out of the box- denken.

Welche Möglichkeiten gibt es sonst? Auch das gehört dazu. Mit den Messungen hinsichtlich der Nutzbarkeit auch hier in Sendenhorst in von Seiten der Regierung ein erster Guter Schritt getan worden. Die Ergebnisse dieser Messung bleiben abzuwarten. Schon jetzt sollten wir uns überlegen, wie Geothermie bei uns in Sendenhorst aussehen kann.

Es weht nicht immer Wind und auch die Sonne scheint nicht immer. Was tun, wenn beides fehlt? Erdgas ist keine zukunftsfähige Option. Wasserstoff ist aktuell die beste Option um Erdgas als Speichermedium abzulösen. Der Herstellungsprozess selbst ist nicht kompliziert. Durch die Nutzung von erneuerbaren Energien ist Wasserstoff auch klimaneutral. Somit ist dies auch eine Überlegung: Wasserstoffherstellung. Ist das eine Option in und für Sendenhorst? Ergibt das Sinn? All das sind Fragen, die geklärt werden müssen.

Es liegt viel vor uns. Welche Energien wollen wir auf welche Weise nutzen – Windenergie und Photovoltaik? Welche Energien können wir hier in Sendenhorst nutzen – Geothermie? Wie kann eine Wasserstoffinfrastruktur in Sendenhorst aussehen?

Als Freie Demokratische Partei Sendenhorst/Albersloh werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass unsere Stadt ihren Beitrag zur Klimawende leistet und Sie, die Bürgerinnen und Bürger, nicht außen vor lässt.

Julian Michels, Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Mobilität und Energie

Entlastungspaket Nr. 3 - Ampelkoalition stellt 65 Milliarden Euro bereit

Anfang September einigte sich die Bundesregierung über ein drittes Entlastungspaket, das eine Summe von 65 Milliarden Euro umfasst und die breite Mitte entlasten soll.

Bereits die Auswirkungen der seit Anfang 2020 andauernden Corona-Pandemie und trotz der in diesem Zuge ergriffenen Schutzmaßnahmen stellten viele Haushalte und Unternehmen vor große wirtschaftliche Herausforderungen. Obwohl die Freien Demokraten sich erfolgreich für eine weitreichende Rückkehr zur Normalität einsetzen konnten, blieb die zunächst erwartete Erholung der deutschen Wirtschaft aus. Dies ist vor allem auf die Folgen des andauernden russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zurückzuführen, die auch hierzulande spürbar sind.

Die Bundesregierung hat angesichts dieser schwierigen Lage undder weiter stark steigenden Energiepreisen umfassende Entlastungsmaßnahmen auf den Weg gebracht. So wurde im Rahmen des ersten Entlastungspakets die EEG-Umlage mit einem Volumen von 6,6 Milliarden Euro abgeschafft und ein einmaliger Heizkostenzuschuss beschlossen. Zudem wurden mit der Anhebung des Arbeitnehmerpauschalbetrags, des Grundfreibetrags und der Pendlerpauschale erste steuerliche Erleichterungen für die Bürger verabschiedet. Hinzu kommt die Energiepreispauschale für alle einkommenssteuerpflichtigen Erwerbstätigen, der Kinderbonus für Familien sowie Einmalzahlungen für Sozialhilfeempfänger. Außerdem haben die Freien Demokraten mit dem Tankrabatt und dem befristeten Neun-Euro-Ticket weitreichende Entlastungen im Bereich der Mobilität durchgesetzt.

Die Lage bleibt trotz allem weiterhin angespannt. Das Bestreiten des eigenen Lebensunterhalts stellt zunehmend viele Haushalte vor große Herausforderungen und insbesondere die hohen Energiepreise lassen viele Unternehmen, Berufstätige und auch Empfänger von Transferzahlungen mit großer Sorge auf die kommenden Monate schauen. Zur Ehrlichkeit gehört dazu, dass der Staat Wohlstandsverluste nicht permanent durch Neuverschuldung ausgleichen kann und dies auch nicht Aufgabe des Staates ist. Die Bundesregierung muss finanz- und haushaltspolitisch seriös und solide agieren. Dabei ist die Schuldenbremse nicht nur ein Gebot unserer Verfassung, sondern auch zur Bekämpfung der Inflation angezeigt. Und nicht zuletzt sollen auch die kommenden Generationen nicht mit den Schulden von heute zu stark belasten werden. Finanzpolitik muss in Deutschland vor allem nachhaltige Wachstumsperspektiven schaffen.

Die Menschen müssen weiterhin dort entlastet werden, wo es möglich und verantwortbar ist. In diesem Sinn sind die drei Entlastungspakete intensiv ausgearbeitet worden. Enthalten sind einige Direktzahlungen für Studenten und Fachschüler sowie für Rentner. Entscheidend ist jedoch, dass mit dem Paket notwendige strukturelle Reformen angegangen wurden:

die kalte Progression wird ausgeglichen. Es ist ein Gebot der Fairness, dass der Staat bei einer hohen Inflationsrate wie zurzeit - nicht noch zusätzlich von einer hierdurch entstehenden, indirekten Steuererhöhung profitiert. Ohne einen solchen Ausgleich wären die Bürger einer steuerlichen Mehrbelastung ausgesetzt und müssten gleichzeitig unter einem realen Kaufkraftverlust leiden. Um dies zu verhindern, setzen sich die Freien Demokraten für eine entsprechende Erhöhung des Grundfreibetrags und der Tarifeckwerte im Einkommenssteuertarif ein. Der Abbau der kalten Progression ist kein Akt staatlicher Großzügigkeit, sondern eine gerechte Maßnahme für die hart arbeitende Mitte unseres Landes.

Durch Entlastungen bei den Abgaben und Steuern bleibt mehr Netto vom Brutto. Ab dem 1. Januar 2023 wird die Midi-Job-Grenze auf monatlich 2.000 Euro angehoben, um diese Einkommensgruppe erheblich bei den Sozialbeiträgen zu entlasten. Zusätzlich werden die Rentenbeiträge voll absetzbar. Durch die endgültige Entfristung der Home-Office-Pauschale wird unser Steuersystem weiter vereinfacht. Zudem wird der CO2-Preis 2023 nicht weiter ansteigen.

Unternehmen in schwierigen Lagen wird geholfen. Dafür werden nicht nur Wirtschaftshilfen zur Verfügung gestellt, sondern auch die bewährte Sonderregelung für das Kurzarbeitergeld sowie die Absenkung der Umsatzsteuer in der Gastronomie auf 7 Prozent verlängert.

Für das Neun-Euro-Ticket wird es eine Nachfolgevariante geben. Es wird eine dauerhafte Lösung inklusive Reform des Tarifdschungels des ÖPNV installiert werden. Das Ticket wird bezahlbar, bundesweit gültig und digital im Abo erhältlich sein. So können weiterhin die notwendigen Investitionen in den ÖPNV getätigt, aber auch gleichzeitig erhebliche Entlastungen bei der dringend benötigten Mobilität erreicht werden.

Unerlässlich ist, dass trotz der Bereitstellung der vielen Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt die Einhaltung der Schuldenbremse Voraussetzung für alle Maßnahmen bleibt. Aber auch ein kritischer Blick muss erlaubt sein. Förderungen, Zuschüsse und dergleichen dürfen nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen. So machen sich 300 Euro Energiepauschale für den Gutverdiener nahezu nicht bemerkbar während der Normal- und Geringverdiener diese Gelder möglicherweise dringend benötigt. Andererseits sind Energiepreissubventionen für viele Unternehmen, die unter den im globalen Vergleich hohen Energiekosten in Deutschland besonders zu leiden haben, überlebenswichtig. Die derzeit vorhandene Divergenz bei den Energiepreisen führt ansonsten dazu, dass deutsche Unternehmen auf dem internationalen Markt nicht mehr wettbewerbsfähig sind und so in der Breite dauerhaft Arbeitsplätze verloren gehen. Es gilt also gezielt zu fördern, dort, Bedarf ist und auch dort, wo durch Unternehmensschieflagen die Gefahr eines volkswirtschaftlichen Schadens besteht. Bei allem Förderwillen und dem dahinterstehenden guten Gedanken muss nicht zuletzt auch immer berücksichtigt werden, dass die Fördergelder nicht vom Himmel fallen, sondern letztendlich vom Steuerzahler aufgebracht werden müssen.

Dr. Oliver Niedostadek, FDP Bezirksverband Münsterland

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren."

Benjamin Franklin (1706 – 1790)

Impressum

Herausgeber:
FDP Sendenhorst/Albersloh,

Josef Lammerding
Neustraße 12 · 48324 Sendenhorst

Layout und Druck:
druckundmehr GmbH
Bahnhofstraße 10 · 48291 Telgte

Was ist normal, was unser Standard

Bei einem Besuch im LWL Museum in Detmold kann man eine alte Dorfschule besichtigen. Erzählt wird dort, das Schüler:innen früher außer ihrem Griffel und der Tafel im Winter auch ein Stück Holz für den Ofen mitbringen sollten. Als ich Kind war, konnten wir im Winter an den Fenstern noch Eisblumen sehen. Sah schön aus, das Zimmer war dann aber rattenkalt. Heute haben wir es nicht nur muckelig warm, heute werden viele Räume zudem belüftet, klimatisiert gut beleuchtet und entfeuchtet.

Ich kann mich noch gut an Wohnräume erinnern die nicht überdimensioniert waren. 1965 bewohnte jeder ca. 22 m². Vater, Mutter und 2 Kinder waren mit einer 80 m2 Wohnung gut bedient, Das Fernsehen kam langsam in Mode und das Telefon war nicht bei allen Standard. Heute ist der Durchschnittliche Wohnbedarf pro Person bei ca. 47 m² angekommen, Der Fernseher und viele zusätzliche elektronische Geräte haben Einzug bis in die Kinderzimmer erlangt. 9 von 10 Personen über 14 Jahre haben ein Smartphon.

In Deutschland gab es 1970 knapp 16,8 Mill Fahrzeuge davon 14 Mill PKW. Das Auto war ein Statussymbol und wurde samstags mit viel Liebe gewaschen. In Sendenhorst und Albersloh konnte man auf der Straße Rollschuh laufen. Der Lebensradius war eingeschränkt. Nach Münster fuhren wir zur Arbeit mit dem Zug. Ins Freibad nach Drensteinfurt mit dem Rad. Heute haben wir 59,6 Mill Fahrzeuge davon 48,5 Mill PKW. Die Straße zu überqueren ist nicht immer einfach. Die Kinder werden per Auto zu Schule gefahren. Wir fliegen übers Wochenende nach Malle oder fahren mit dem Auto quer durch Europa.

Wenn ich als Kind den einen oder anderen Wunsch hatte pflegte mein Vater manchmal zu sagen: „De Hippe wull enen langen Stiärt häbben. ha se aower nich krigen"

Heute wundert sich keiner über ein Smartphon bei Schulkindern oder dem PC im Kinderzimmer. Da stellt sich eher die Frage nach Tarif und M/Bit/s.

Die genannten Beispiele verdeutlichen den Wandel der Zeiten. Wir erfreuen und der neuen Gegebenheiten. Es gab nur eine Richtung: größer, schneller weiter. Manche wünsche wurden nicht erfüllt. Die Standards allerdings immer weiter angehoben. Den Standards heute gerecht zu werden ist mittlerweile aber nicht nur für Privatpersonen eine Herausforderung, sondern auch für Städte und Gemeinden, Staaten und Kontinente.

Und alles geschieht fast immer unter wechselnden Vorzeichen. Unsere Behaglichkeit erkaufen wir mit viel Energie zum Schaden der Ökobilanz. Ob unsere Kleidung unter menschenwürdigen Bedingungen produziert wird ist nebensächlich. Kosten darf sie nicht zu viel. Jeden Tag Fleisch essen aber Massentierhaltung verurteilen passt nicht zusammen.

Wir regen uns auf, wenn bei uns ein Baum gefällt wird. Wir nehmen es in Kauf, dass für die Akkus unserer 23 Millionen neuen Handys pro Jahr und den neuen E-Autos ganze Landstriche verwüstet werden. Dabei hat uns die Wirklichkeit schon lange eingeholt. Die Habgier und Unvernunft haben Krisen herbeigeführt deren Auswirkungen wir nur erahnen.

Die Bankenrettung hat seit 2008 dem Staat Deutschland 496.000.000.000 Euro gekostet. Die Corona Gesamtkosten belaufen sich seit 2020 / 21 für die deutschen öffentlichen Haushalte auf ca. 500.000.000.000 Euro. Die jetzt aktuelle Energiekriese wird voraussichtlich 295.000.000.000 Euro kosten. Die Schuldenuhr in Berlin zeig mehr al 2.425.800.000.000 Euro. Das sind eine Menge Stellen vor dem Komma. Die Kosten der Ökokriese ist nicht bezifferbar. Dabei ist das nur Geld. Die Auswirkungen auf das Leben vieler Menschen sehen wir nicht oder ist uns egal. Das Menschen aus Kriegsgebieten und ausgebeuteten Ländern zu uns flüchten, erschreckt uns. Zu Habgier und Unvernunft gesellt sich die Scheinheiligkeit.

Wir haben den Klimanotstand in Sendenhorst und Albersloh ausgerufen aber weiterhin neue Gasheizungen installiert und die Promenade mit 100 Leuchten bestückt. Wir haben durch die Coronakrise fiktive Einnahmen in unseren Haushalt einstellen müssen. Wir müssen sie aber real ab 2025 zurückzahlen. Wünsche von Gruppierungen und Vereinen werden oft anstandslos erfüllt, sind uns Sport und Kultur doch wichtig. Diskussionen um eine Bürgerhalle, oder neue Sporthallen flammen immer wieder auf. Flächenversiegelung ist mal schädlich, mal nicht. Je nach Verwendung. Katastrophenschutz hat auch in Sendenhorst einen neuen Stellenwert erhalten. Das Sirenenkonzept, Löschwasserversorgung und Notstromversorgung für den Fall des Blackouts wurden angestoßen. Die Schulen wurden teils unter hohem Aufwand mit Luftfiltern versehen. Der Nahverkehr soll revolutioniert die Ortszentren attraktiver gestaltet sein. Alle dies Projekte bedeuten aber auch, dass Standards angehoben werden. Doch geht das auch zum Nulltarif?

Wünschenswert wäre zu überlegen, was ist notwendig, was sinnvoll, was nachhaltig was bezahlbar. Die Standards werden steigen. Das ist der Lauf der Zeit. Das gilt jedoch nur, wenn wir unsere Systeme nicht weiterhin überfordern. Umwelt, Soziales, Wirtschaft, privates und öffentliches darf nicht überstrapaziert werden. Im Kleinen (Sendenhorst und Albersloh) wie im Großen (Land und Bund) Verzicht kann auch Gewinn sein, wenn er nicht in neue Krisen führt. Eine Krise ist nicht, wenn ich im Winter im Pullover im Wohnzimmer sitze oder einen etwas höheren Beitrag für mein Hobby selber zahle. Die Welt ist voller Beispiele von wahren erzwungenen Krisen. 825 Mil. Menschen hungern. Außer in der Ukraine gibt es aktual noch weitere 22 Kriege. Freiheit ist ein hohes Gut und längst nicht in allen Ländern normal.

Freiheit gibt es nicht umsonst. Freiheit bedeutet auch Verantwortung. Für sich, aber auch für alle anderen. Wenn auch wir uns in kleinem Rahmen dieser Verantwortung stellen und begreifen, dass nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen können, wird es uns leichtfallen den Satz zu ergänzen: De Hippe wull enen langen Stiärt häbben. ha se aower nich krigen un nu is se auk so tofriär.*

* Die Ziege wollte einen langen Schwanz haben, hat sie aber nicht bekommen und nun ist sie auch so zufrieden.

Josef Lammerding

WLE Reaktivierung – Fluch oder Segen?

Freude bei den einen, Sorge bei den anderen. Die Reaktivierung der WLE – wahlweise auch Mobilitätsachse Münster-Sendenhorst – polarisiert. Entlastung des Straßenverkehrs, der Innenstädte und Hoffnung für mehr Verkehrssicherheit sagen die Fürsprecher, überflüssig und teuer heißt es von der Gegenseite. Wie bei vielen Dingen gilt es letzten Endes auf die Umsetzung zu warten, denn selbst die beste Idee kann durch eine miserable Umsetzung ruiniert werden.

Sobald die WLE reaktiviert ist, soll der Busverkehr kürzertreten. Die R32 zwischen Sendenhorst und Wolbeck verabschiedet sich in Gänze. Die S30 fährt ab dann Ihre Route von Beckum bis nach Sendenhorst, die R55 weiterhin von Ahlen bis nach Sendenhorst und auch die R33 wird weiterhin von Ennigerloh bis nach Sendenhorst fahren. Eine Ergänzung der sollen drei Taxi-Bus-Linien im 120-Minuten-Takt zwischen Sendenhorst-Albersloh/Albersloh-Gremmendorf/Albersloh-Wolbeck bilden.

Alles in allem wurde also ein Plan erstellt. Die Buslinien aus den umliegenden Städten fahren weiterhin, nur der Busverkehr nach Münster wird eingestellt. Zugverkehr ist auch attraktiver, oder? Schneller, bequemer, zuverlässiger. Gerade für Junge Menschen muss es doch eine Erleichterung bieten, schnell mit dem und einfach mit Zug nach Münster zu gelangen. Von dort aus kommt man auch überall andres hin.

Betrachtet man die geplanten Fahrzeiten, ändert sich doch einiges. Die Fahrtzeiten der Bahn sollen von 05:30-22:30 im Zeitraum Montag bis Freitag und an den Wochenenden ausgedünnt sein. Nachtfahrten sind nicht fest eingeplant. Bedauerlich, dass die Bahn nur bis 22:30 fahren soll, birgt diese doch das Potential, eine echte Nachtverbindung zwischen Sendenhorst und Münster herzustellen, auch über den Samstag hinaus. Speziell für Junge Menschen wäre das eine Hilfe. Aber auch für ältere Personen wäre das sinnvoll. Schließlich kann man in Münster nicht nur gut feiern. Seien es Kinobesuche am Abend, ein kulturelles Ereignis oder eine andere Abendveranstaltung. Gründe spät abends in Münster zu sein gibt es viele. Ebenso viele Gründe gibt es auch, einen ordentlichen Nachtverkehr einzurichten. Das kann auch zu einem Umstieg vom Auto auf die Bahn bewegen. Doch einen solchen durchdachten Plan gibt es leider nicht.

Neben der mangelhaften Anbindung nachts, erachten wir auch weiterhin den Busverkehr als essentieller, als er es in der aktuellen Planung zu sein scheint. Auch drei TaxiBus-Linien – im 120-Minuten-Takt – sorgen nicht für eine hinreichende Ergänzung. Insbesondere der innerstädtische Verkehr kann durch den Erhalt oder Abwandlungen der Buslinienrouten eine Ergänzung bieten; sowohl in Sendenhorst als auch in Albersloh.

Im Zuge der Reaktivierung der WLE wird scheinbar die Möglichkeit verpasst, über die interkommunale Vernetzung innerhalb des Kreises Warendorf zu diskutieren. Mit der WLE bietet sich die Möglichkeit, über die Anbindung unabhängig von der Schiene nachzudenken. Verbindungen, welche es bisher nicht gibt, oder nur mit viel Mühe für die Fahrgäste realisiert werden können. Auch hier kann der Busverkehr eine gute Ergänzung zur Schiene bieten.

Die Reaktivierung der WLE. Mehr Verlagerung des Problems als eine Lösung für das Selbige? Wird hier Geld für etwas ausgegeben, was im Endeffekt nichts bringt?

Speziell im Hinblick auf die erhoffte Verkehrserleichterung bleiben wir kritisch. Mit einem 30-Minuten-Takt ist die Anbindung nach Münster nicht flexibler geworden als mit dem Bus, schneller allerdings schon. Mit den elektrisch betriebenen Zügen kann von positiven Auswirkungen für die Umwelt ausgegangen werden, wobei sich die Frage stellt, ob es nicht auch klimafreundlichere Varianten gibt – Wasserstoffzüge beispielsweise, welche für die kürze der Strecke als zu ineffizient abgetan wurden – speziell vor dem Hintergrund, dass die Strecke eines Tages vielleicht doch verlängert wird.

Insgesamt ersetzt die WLE den Verkehr zwischen Münster und Sendenhorst, bietet darüber hinaus keinen weiteren Nutzen der Anbindung in umliegende Kommunen. Nachtfahrten wird es auch mit der WLE nicht geben. Dafür steigen Reisekomfort

und -geschwindigkeit.

Ob die WLE das investierte Geld wert ist, das bleibt abzuwarten. Pläne können sich ändern, Ideen und Anregungen übernommen werden. Außer Frage steht jedoch, dass die WLE reaktiviert wird; denn das wird sie. Es ist nur eine Frage der Zeit.

Unabhängig davon wann die WLE reaktiviert wird, kämpfen wir als Freie Demokraten heute und auch in Zukunft für eine sinnvolle Umsetzung dieses Vorhabens, damit Sie, Bürgerinnen und Bürger von Sendenhorst/Albersloh, auch einen echten Nutzen davontragen.

Julian Michels

Jetzt Mitglied werden!

Freie Demokraten
Ortsverband FDP

Der Wohnraum in unseren Städten wird knapper

Der Wohnraum in unseren Städten wird knapper, die Mieten steigen immer weiter. Auch der Traum vom Eigenheim wird durch hohe Kosten zunehmend unattraktiv. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Wohnen auch in Zukunft bezahlbar bleibt und sich der Traum vom Eigenheim auch erfüllen lässt. Dazu wollen wir Bauen einfacher und günstiger machen.

Mehr Wohnraum statt Enteignungen und Mietpreisbremse

Gegen Wohnungsmangel und hohe Mieten hilft nur eines: bauen, bauen, bauen. Enteignungen, Mietpreis bremse oder gar ein Mietendeckel wie in Berlin lösen

die Probleme nicht. Im Gegenteil: Sie schaffen keine einzige neue Wohnung, machen Bauen weniger attraktiv und schrecken Investoren ab. Die Mietpreisbremse wird so zur Wohnraumbremse und Enteignungen treffen am Ende den Steuerzahler. Denn er zahlt die Rechnung für die Entschädigung der Immobilienunternehmen.

Einfach bauen

Um für ausreichenden Wohnraum zu sorgen, müssen wir vor allem schnell und günstig bauen können. Mehr als 20.000 Bauvorschriften machen das Bauen

allerdings unnötig kompliziert und teuer. Daher wollen wir das Baurecht vereinfachen und Bauland schneller ausweisen. Außerdem setzen wir auf innovative und schnelle Lösungen wie serielle Bauformen, Nachverdichtungen und Dachausbau. Um weitere Bürokratie zu verhindern, fordern wir einen Baukosten-TÜV: Jede neue Vorschrift muss auf ihre Auswirkungen hin überprüft werden. Ein Vorbild für unkompliziertes Bauen sind für uns die Niederlande. Dort gelten lediglich Richtwerte für Energieeinsparung, Barrierefreiheit und Brandschutz. Die konkrete Umsetzung wird den Bauherren überlassen und so Innovation, beispielsweise bei Energiespar-Konzepten, erleichtert.

Eigentum möglich machen

Für viele Menschen sind die eigenen vier Wände der größte Traum. Zugleich schafft Wohneigentum auch finanzielle Sicherheit für das Alter. Gerade für die Mittelschicht macht die steigende steuerliche Belastung den Erwerb von Wohneigentum nahezu unmöglich. Wir möchten das ändern und für Bürger einen Freibetrag von 500.000 Euro pro Person bei der Grunderwerbsteuer einführen. So entlasten wir nicht nur die Mitte der Gesellschaft, sondern auch die Sozialkassen. Denn wer mietfrei wohnt, ist im Alter auch unabhängiger von Leistungen des Staates.

Den Wohnungsmarkt sozial gestalten – aber gezielt!

Wir wollen ein Wohngeld, das jährlich an die örtliche Mietentwicklung angepasst wird. Jeder Mieter soll darauf Anspruch haben, sobald er eine angemessene

Wohnung gefunden hat oder eine Erhöhung der Miete seiner Wohnung wegen steigender Vergleichsmieten hinnehmen muss. Im Gegensatz dazu ist es wenig zielführend, für einen großen Teil der Bevölkerung einen „Wohnberechtigungsschein“ auszustellen und nur für einen sehr kleinen Teil Sozialwohnungen bereitstellen zu können. Wir wollen die Berechtigung zum Bezug einer Sozialwohnung auf diejenigen begrenzen, die auf dem freien Wohnungsmarkt auch mit einem Wohngeldanspruch erfolglos bleiben.

Max Linnemann-Bonse,
Ortsvorsteher Sendenhorst.

Rätsel-Zeit

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K	L	M	N	O	P	Q	R	S	T	U	V
1	Vorname Ortsvorsteher Sendenhorst																				E4	
2	Meister Eder sein																				B18	
3	Patron von Albersloh																				F20	
4	Rechter Nebenfluß der Werse																				E19	
5	Die Namen von Gräben und Promenade benennen																				C1	
6	Vorname des letzten männlichen Bürgermeisters																				L5	
7	Nachname der amtierenden Bürgermeisterin																				I7	
8	Abkürzung für Stadtentwicklungsauschuß																				H10	
9	Soll reaktiviert werden																				E14	
10	Schon seit Jahrzenten in der Planung.		m																		C5	
11	Name ev. Kirchengemeinde Albersloh																				B11	
12	Erzeugt bei Wind Strom																				H17	
13	Bauernschaft zwischen Sendenhorst und Albersloh																				D13	
14	gelb und blau ergibt																				C12	
15	44*0,5/2+3*4																				F2	
16	ein Drittel von 66 plus 5 Fünftel minus 3																				L11	
17	Steuern auf Haus und Land																				E11	
18	Ein Stacheltier																				F3	
19	Erster Tag des Jahres																			m	C10	
20	Zeit vor Weihnachten																				D9	
21	Ungebunden																				E17	
22																					I6	
23	Alles Gute wünscht ihre																				D8	
24		B21	D3	B2	D20	G6	M10	G6	B7	M5	B21	D19	C6	L17	B15	C16	B16	C15				
25	Die Auflösung finden Sie unter: www.FDP-Sendenhorst.de																					

Die Schuldenbremse – Ausdruck finanzpolitischer Vernunft oder doch Teufelszeug?

Die Schuldenbremse polarisiert. Gerade in Zeiten sich überlagernder Krisen, wie wir sie aktuell erleben und die uns vor gewaltige, auch finanzielle Herausforderungen stellen. „Sie verhindert, dass wir auf Kosten unserer Kinder wirtschaften und sorgt so für Generationengerechtigkeit“ sagen die einen. „Wir sparen uns kaputt“ halten vor allem Vertreter:innen vom linken Parteienspektrum dagegen und sprechen teils gar von einem persönlichen Fetisch von Finanzminister Christian Lindner (FDP). Der hält die Schuldenbremse nämlich für „verfassungsrechtlich vorgeschrieben und ökonomisch dringend geboten“, auch, wie er sagt, um die ohnehin sehr hohe Inflation in unserem Land nicht noch zusätzlich anzuheizen. Der bayrische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) versucht einmal mehr, es allen recht zu machen, wenn er die Schuldenbremse einerseits zwar für richtig hält, er andererseits aber vor „Prinzipienreiterei“ warnt.

Was aber ist nun richtig?

Schauen wir uns doch zunächst einmal an, was sich hinter dem Begriff Schuldenbremse eigentlich verbirgt.

Die zentrale Vorschrift finden wir in Artikel 109 des Grundgesetzes (GG). Dort heißt es in Absatz drei Satz eins: „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.“ Oder mit anderen Worten: die Ausgaben dürfen nicht höher sein als die Einnahmen. Als man das 2009 so in das Grundgesetz schrieb, war das ein revolutionärer Schritt. Denn bis dahin war es möglich (und üblich!), Kredite bis zur Höhe der im Haushalt geplanten Investitionen aufzunehmen, um über solche „Kreditеinnahmen“ den Haushalt auszugleichen. Das aber führte unweigerlich zu der über Jahrzehnte zu beobachtenden, rasant steigenden Verschuldung der Bundesrepublik. Gemessen an dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag die Verschuldung 1991 bei 39 %, 2011 bei 79,4 %. Ein gewaltiger Anstieg.

Aber: das Kreditaufnahmeverbot des Art. 109 Abs. 3 S. 1 GG gilt eben nicht ausnahmslos. Und das ist auch richtig so. Denn selbstverständlich muss ein Staat handlungsfähig sein, gerade dann, wenn er besonders gefordert ist. Deshalb sieht die Verfassung auch drei Szenarien vor, in denen eine Kreditaufnahme über den von Art. 109 GG gesteckten Rahmen hinaus möglich ist.

Während zwei dieser Szenarien verlangen, dass besondere konjunkturelle oder allgemein „außergewöhnliche“ Umstände vorliegen (wie z.B. Naturkatastrophen oder andere Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen), ist das dritte Szenario an keine weiteren Voraussetzungen geknüpft. Danach ist der Bund immer berechtigt, Kredite bis zur Höhe von 0,35% des nominalen BIP aufzunehmen. 2021 lag das bei 3,6 Billionen Euro, sodass danach eine Kreditaufnahme in einer Größenordnung von 12,6 Milliarden Euro zulässig wäre. Eine Menge Geld, zweifellos, aber angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, dann doch nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Was also tun?

Natürlich melden sich nun jene lautstark zu Wort, die schon immer gegen die Schuldenbremse waren, in ihr gar, Zitat, eine „Zukunftsbremse“ sehen, die „für immer abgeschafft“ gehöre, und die ohnehin meinen, unser Land sei „jahrzehntelang kaputtgespart“ worden. Allen voran sind es Vertreter:innen der Partei „Die Linke“, die diese Auffassung vertreten. Aber auch andere reihen sich hier ein.

Als FDP sind wir entschieden anderer Auffassung.

Die Erfahrung lehrt uns doch, dass die Politik allzu schnell bereit ist, das, was man politisch für richtig hält, auch dann umsetzen zu wollen, wenn das Geld hierfür eigentlich fehlt. Die Lösung war in der Vergangenheit immer schnell gefunden: wir machen einfach neue Schulden. Die Zahlen lügen nicht und es ist schlicht Unsinn, wenn davon gesprochen wird, unser Land sei kaputtgespart worden. Das Gegenteil ist richtig. Und die Schulden von heute sind und bleiben nun einmal die Steuern von morgen. Deswegen ist es richtig, die Politik über das Instrument der Schuldenbremse zu zwingen, entweder auf der Ausgabenseite Prioritäten zu setzen oder aber im demokratischen Diskurs für Steuererhöhungen zu werben, um durch Mehreinnahmen seine politischen Ziele finanzieren zu können. Das ist ehrlicher und auch verantwortungsvoller, als die Kosten über Schulden still und heimlich nachfolgenden Generationen aufzubürden. Und genau das verhindert die Schuldenbremse.

Natürlich stehen wir wegen des völkerrechtswidrigen Angriffs Putins auf die Ukraine vor finanziellen Herausforderungen, die alles Dagewesene in den Schatten stellen. Die Lasten, die hierdurch entstehen, werden künftige Generationen anteilig tragen müssen. Die Regelungen zur Schuldenbremse sehen aber, wie gesehen, Möglichkeiten zur Kreditaufnahme vor. Es ist also nicht erforderlich, sie jetzt insgesamt in Frage zu stellen. Und das sollten wir auch nicht tun.

Dr. Oliver Niedostadek, FDP Bezirksverband Münsterland